

**Protokoll**

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 17. Dezember 2007

**Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.**

**12. Sitzung vom Montag, 17. Dezember 2007, 18.00 bis 22.15 Uhr, im reformierten  
Kirchgemeindehaus**

<b>Anwesend:</b>	<b>Gemeinderat</b> 28 Mitglieder
	<b>Stadtrat</b> Walter Baur Walter Bosshard, Stadtpräsident Mark Eberli Hanni Guyer Jürg Hintermeister Hanspeter Lienhart Max Nievergelt Christian Mühlethaler, Stadtschreiber Roger Suter, Stadtschreiber-Stv.
<b>Vorsitz:</b>	Jürg Rothenberger
<b>Protokoll:</b>	Denise Meyer, Ratssekretärin
<b>Weibeldienst:</b>	Gino Taiana, Stadtweibel

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung.

**Traktandenliste**

Die Traktandenliste wird wie folgt gutgeheissen:



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

1. Protokoll der Sitzung vom 26. November 2007
2. Interpellation Fritz Münger betr. Zwischenbilanz zu den Legislaturzielen – Antwort des Stadtrates
3. Postulat Heinz Kousz betr. Entwurf Entschädigungsverordnung für den Stadtrat – Begründung
4. Postulat Esther Caviola betr. Wiedereinführung Jungbürgerfeier – Begründung
5. Voranschlag 2008
6. Stand Planung „Erachfeld/Gringlen“ – Information Stadtrat Hanspeter Lienhart
7. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
8. Diverses

### **Eingang von persönlichen Vorstössen**

Anfrage Rosa Pfister vom 28. November 2007, eingegangen 3. Dezember 2007, betr. Schrebergärtenanlage „Gstückt“. Wortlaut: „Was gedenkt der Stadtrat bezüglich Areal „Gstückt“ zu unternehmen? Soll der Platz so bleiben wie er ist oder ist in naher Zukunft eine andere Variante vorgesehen?“

Gemäss Art. 42 Abs. 3 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat zwei Monate, das heisst bis 17. Februar 2008, Zeit um diese Anfrage zu beantworten.

Traktandum 1

#### **Protokoll der Sitzung 26. November 2007**

---

Das Protokoll der Sitzung vom 26. November 2007 wird einstimmig genehmigt und der Verfasserin verdankt.

Traktandum 2

#### **Interpellation Fritz Münger betr. Zwischenbilanz zu den Legislaturzielen – Antwort des Stadtrates**

---

Der Stadtrat hat die Interpellation von Fritz Münger vom 16. August 2007 betreffend Zwischenbilanz zu den Legislaturzielen fristgerecht beantwortet. Es wird auf den dem Originalprotokoll bei-



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

liegenden und allen Gemeinderatsmitgliedern zugestellten Stadtratsbeschluss Nr. 328 vom 28. November 2007 verwiesen (Beilage 1).

**Stadtpräsident Walter Bosshard** ergänzt, die Beurteilung habe sich für den Stadtrat gelohnt. Er habe gewisse Schwachstellen erkannt und nun genügend Zeit, diese zu beheben. Der Stadtrat sei zuversichtlich und insgesamt auf Kurs.

**Fritz Münger** antwortet wie folgt: „Ich danke dem Stadtrat für die Antwort auf meine Interpellation und dass er sich Zeit genommen hat, eine Standortbestimmung vorzunehmen. Meines Erachtens zeigt sie auf, dass stete Erfolgskontrollen unumgänglich sind und noch viel zu tun ist, um die anvisierten Ziele zu erreichen.

Die vorliegende Antwort des Stadtrates scheint in ihrem Umfang breit und ausführlich zu sein. Beim näheren Betrachten stelle ich jedoch fest, dass die beschriebenen Massnahmen zum Teil nichts oder wenig aussagend ausgefallen sind. Die Einsetzung bzw. regelmässige Tagung von Arbeitsgruppen sagen noch nichts über konkrete Massnahmen aus.

Wirkungsorientierte Verwaltungsführung heisst unter anderem auch Transparenz schaffen, was meines Erachtens mit einem lächelnden oder weinenden Gesichtsausdruck nicht messbar wird. Wenn der Smiley zum Beispiel über das ganze Gesicht strahlt und darunter steht, dass die Ziele nur teilweise erreicht werden können, wie es bei den Finanzen der Fall ist, dann sehen Sie mein Verständnis-Problem.

Ich stelle fest, dass genau in den Bereichen, in welchen wir im Gemeinderat nie Zwischenberichte erhalten haben, auch heute keine klaren Aussagen gemacht werden. Ich vermisse in diesen Bereichen eine Strategie oder einen roten Faden. Die Massnahmen sind nicht klar sondern diffus. Sicherlich wird meine Beurteilung nicht abschliessend sein. Die Konsequenz wird für mich und meine Fraktion sein, dass die Gemeinderatsmitglieder besonders wachsam sein müssen und mit konkreten Vorstössen reagieren müssen.“

**Milos Alincic** bemerkt, dass bereits im März 2006 von der Fachkommission IV ein Postulat betr. Stadthalle eingereicht wurde. Daraus sei hervorgegangen, dass von einer Nutzung der Stadthalle bis 2014 die Rede war. Auf Seite 5 der Zwischenbilanz sei zu lesen: „In der Stadthalle wird bis im Frühling 2008 die fünfte und letzte Renovationsetappe abgeschlossen sein. Damit ist sie bereit für eine längerfristige Nutzung für kulturelle Veranstaltungen aller Art nach dem bestehenden Konzept. Eine Neubeurteilung der künftigen Nutzung der Stadthalle drängt sich somit nicht mehr auf“. Nun dränge sich die Frage auf, was dies bedeute, bzw. ob die Stadthalle bis 2014 genutzt werde.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

**Stadtrat Jürg Hintermeister** antwortet, 2014 werde ein Entscheid gefällt, wie es mit der Stadthalle weitergehe. Hier handle es sich um den Massnahmenplan 2006-2010.

Es wird kein Antrag auf Diskussion gestellt.

Traktandum 3

### **Postulat Heinz Kousz betr. Entwurf Entschädigungsverordnung für den Stadtrat – Begründung**

---

Heinz Kousz hat mit Datum 21. November 2007, eingegangen am 26. November 2007, ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht: „Der Stadtrat ist eingeladen zu prüfen, ob dem Gemeinderat ein neuer Entwurf der Entschädigungsverordnung für den Stadtrat (nicht für den Gemeinderat) auf der Basis desjenigen vom 6. Februar 2006 samt Antrag und Weisung vorzulegen sei.“

**Heinz Kousz** begründet das Postulat wie folgt: „Als der Gemeinderat am 8. Februar 2006 (also vor bald zwei Jahren) den Vorschlag des Stadtrats für eine neue Entschädigungsverordnung bekam, konnte dieser aus Zeitgründen nicht mehr vor dem Stabwechsel im Stadtrat behandelt werden und musste auf den September 2006 verschoben werden. Eine Mehrheit des Gemeinderats lehnte damals diese Vorlage ab und zwar aus folgenden Gründen:

Eine Anpassung der Entschädigung stand damals völlig quer in der Landschaft, da einerseits zu diesem Zeitpunkt dem städtischen Personal die Teuerung nur teilweise ausgeglichen werden konnte und der Gemeinderat andererseits aber der Auffassung war, dass durch die Reduktion von neun auf sieben Stadträte und die damit verbundene Zusammenlegung einzelner Ressorts auch ein Synergieeffekt erwartet wurde. Man wollte zuerst wissen, ob tatsächlich eine erhebliche Mehrbelastung besteht. Wir waren auch der Meinung, dass eine neue Beurteilung nach der Hälfte der Legislatur vorgenommen werden könne.

Mit meinem Postulat möchte ich nichts anderes, als unsere damalige Absichtserklärung einlösen. Für 2008 ist für das städtische Personal eine Anpassung der Bezüge um 2.5% für Teuerung und Lohnerhöhung vorgesehen. Somit steht eine Anpassung der Entschädigung für den Stadtrat heute nicht mehr so quer in der Landschaft wie vor einem Jahr.

Auch habe ich den Eindruck gewonnen, und das hat sich auch in mehreren Gesprächen bestätigt, dass der Stadtrat heute tatsächlich, trotz Synergieeffekten eine erhebliche Mehrbelastung zu tragen hat. Ausserdem hat der Stadtrat beschlossen, dass künftig die Bülacher Exekutive in allen Zweckverbänden und überregionalen Organisationen direkt vertreten sein soll.

Das war bis anhin nur teilweise der Fall. Auf diese Weise kann direkt Einfluss genommen werden



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

und ich bin überzeugt, dass eine Situation wie wir sie beim Friedhof erlebt haben, auf diese Weise hätte vermieden werden können. Mit der möglichen Einsparung hätten die Mehrkosten für den Stadtrat für drei bis vier Jahre finanziert werden können.

Dem kann man entgegenhalten, dass diese zusätzlichen Aufgaben ja separat entschädigt werden. Das stimmt zwar, aber der effektive Aufwand, wenn man seine Arbeit richtig machen will, kann nicht entschädigt werden.

Ein heutiges Stadtratsmandat kann aus meiner Sicht mit einem 20% Pensum nicht mehr bewältigt werden, wenn man die Aufgabe ernst nimmt. Dass wir mit unseren Stadtrat-Entschädigungen im Vergleich keine Spitzenposition einnehmen, ist ja allgemein bekannt und auch nicht beabsichtigt. Wenn wir aber künftig auch jüngere, berufstätige Leute für ein Stadtratsmandat gewinnen wollen, sollten wir dafür sorgen, dass diese sich das auch leisten können.

Es ist eher ungewöhnlich, dass ein solcher Vorstoss von einem SVP-Vertreter kommt, da wir ja eher auf Kostensenkung tendieren. Aber auf der anderen Seite ist die SVP auch dafür bekannt, dass man sie beim Wort nehmen kann und wenn wir sagen, dass eine Neuprüfung nach der Hälfte der Legislatur vorgenommen werden könne, sollten wir das auch tun. Ausser dem bin ich überzeugt, dass wir mit diesem Mehraufwand auch erhebliche Kosten einsparen können, durch direkte Einflussnahme.

Ich bitte sie daher, mein Postulat an den Stadtrat zu überweisen. Ich danke ihnen."

**Stadtpräsident Walter Bosshart** antwortet, der Stadtrat nehme das Postulat an.

**Andrea Schmidhauser** beantragt namens der FDP-Fraktion eine Abänderung des Postulats. Sie begründet dies wie folgt: „Die FDP-Fraktion ist schon etwas erstaunt, wie die SVP innerhalb von einem Jahr Ihre Meinung bezüglich stadträtlicher Entschädigung geändert hat. Am 2. Oktober 2006 hat der aktuelle Gemeinderat eingehend über die Entschädigungsverordnung debattiert und ausser Beat Guyer war kein einziger SVP-Vertreter für die Erhöhung der stadträtlichen Saläre. Anscheinend haben die vielen SVP-Stadträte nun Ihre Gemeinderatskollegen überzeugen können, einen Vorstoss zugunsten Ihrer Saläre zu machen.

Die FDP-Volksvertreter haben damals und heute noch dieselben Vorstellungen von Volksvertretung und Entschädigung, weshalb wir die pauschale Erhöhung der Stadtratssaläre nicht unterstützen. Wir gestehen allerdings ein, dass ein paar wenige fleissige Stadträte auch in Bülach vorhanden sind, die eine höhere Entschädigung verdient hätten. Gleichzeitig gibt es aber auch „faule Eier“ die nicht mehr Wert sind.

Um diesem Missstand zu begegnen, können wir auf die Motion nur einwilligen, wenn diese dem Missstand des ungleichen Einsatzes begegnet und eine Leistungskomponente in die Entschädigung bringt.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

Gleichzeitig würden wir von der neuen Vorlage erwarten, dass der Stadtrat offen legt wie gross sein Einsatz wirklich ist und vor allem auch wofür. Denn all die politischen Abendveranstaltungen sollte auch ein Stadtrat nicht als Arbeitszeit deklarieren. Ansonsten müssten wir auch über unsere Gemeinderatsentschädigungen diskutieren.

Aus diesem Grund beantragen wir eine Abänderung des Postulatstextes in:

*Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob dem Gemeinderat ein neuer Entwurf der Entschädigungsverordnung für den Stadtrat vorzulegen sei, in welcher eine leistungsabhängige Entlohnung mit Beurteilungskriterien enthalten ist."*

**Jakob Briner** erklärt sich mit dem ersten Teil einverstanden. Eine leistungsabhängige Beurteilung sei jedoch nicht möglich. Gewisse Stadträte als faule Eier zu bezeichnen sei nicht angepasst.

**Esther Caviola** meint, sie könne sich selten über Postulate der SVP freuen. Diesmal jedoch schon. Die SP unterstütze das abgeänderte Postulat nicht, aber dafür jenes von Heinz Kousz.

**Mike Bader** gibt bekannt, Auch die Grüne-Fraktion stehe hinter dem SVP-Postulat, nicht aber hinter dem Abänderungsantrag von Andrea Schmidhauser. Ausserdem zeigte er sich erstaunt über die Wortwahl von Andrea Schmidhauser.

**Heinz Kousz** erklärt, er bleibe beim Text seines Postulats und stimme dem Änderungsantrag nicht zu.

Die Überweisung des Postulats von Heinz Kousz an den Stadtrat wird mit 20 : 4 Stimmen, bei 3 Enthaltungen gutgeheissen.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Das Postulat von Heinz Kousz vom 21. November 2007 betr. Entwurfs Entschädigungsverordnung für den Stadtrat wird dem Stadtrat zum Bericht und Antrag überwiesen.
2. Die Frist für die Berichterstattung und Antragstellung läuft bis 17. Juni 2008.
3. Mitteilung an den Stadtrat.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

Traktandum 4

### **Postulat Esther Caviola betr. Wiedereinführung Jungbürgerfeier – Begründung**

---

Esther Caviola hat mit Datum 25. November 2007, eingegangen am 26. November 2007, ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht: „Der Stadtrat ist eingeladen, die Wiedereinführung der Jungbürger/innen-Feier in geeigneter Form zu prüfen.“

**Esther Caviola** begründet das Postulat wie folgt: „Unbestritten ist der 18. Geburtstag für jede und jeden ein Ereignis, das besonders gefeiert wird. Endlich darf man Auto fahren, der Ausgang kann sich auf andere Clubs ausdehnen, Zeugnisse, Absenzen und Verträge dürfen nun selber unterschrieben werden. Dies alles bedeutet, dass es jeder und jedem Einzelnen klar sein muss, dass der Zeitpunkt jetzt da ist, für sein Tun Verantwortung zu übernehmen. Ein grosser Moment.

Seit 2005 die Feierlichkeiten für die 18-Jährigen im Rahmen vom Sparprogramm Büli+ abgeschafft worden sind, wurden die jungen Leute von Seiten der Stadt nur noch mit der Zusendung der Steuererklärung und einwohnerkontrolltechnischen Anliegen an ihren Eintritt ins Erwachsenenleben erinnert – und somit an ihre Pflichten.

Ganz nebenbei kam noch das eine oder andere Wahl- oder Abstimmungscover ins Haus geflattert. Das wären jetzt also die Rechte.

Diese trockene Art, die jungen Erwachsenen als Jungbürger/innen zu begrüssen, ist für manche junge Einwohnerin und manchen Einwohner sehr enttäuschend.

Ich bin der Meinung, dass unsere jungen Erwachsenen beim Eintritt in die Volljährigkeit nicht nur an ihre Pflichten erinnert werden sollten. Sie sollen auch erfahren, welche Möglichkeiten und Rechte sie haben, vor allem auch in der Stadt, in der sie zuhause sind. Die Stadt Bülach soll sie in einem feierlichen Rahmen dazu animieren, die demokratischen Möglichkeiten zu nutzen, sie vor allem aber auch zur Mitwirkung und Mitgestaltung bei kommunalen Aufgaben bewegen. Die jungen Mitbürger/innen sollen erfahren, wie und wo sie sich engagieren können, wie sie sich einsetzen können, dass ihre Stadt sich verändert, verjüngt, anpasst oder sich klar von anderen Städten abhebt.

In diesem Sinne bitte ich Sie, geschätzte Ratskolleginnen und Kollegen, das Postulat zu überweisen bzw. den Stadtrat, es entgegen zu nehmen.“

**Stadtrat Walter Baur** antwortet, man sei diesen Vorschlag bereits am Prüfen. Im Sommer habe die Jugendkommission diese Idee bereits lanciert. Momentan prüfe man, wie man die Feier machen wolle. Der Stadtrat sei ebenfalls schon informiert. Er nehme das Postulat entgegen.

Es gehen keine Anträge auf Abänderung oder Ablehnung ein.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Das Postulat von Esther Caviola vom 25. November 2007 betr. Wiedereinführung Jungbürgerfeier wird dem Stadtrat zum Bericht und Antrag überwiesen.
2. Die Frist für die Berichterstattung und Antragstellung läuft bis 17. Juni 2008.
3. Mitteilung an den Stadtrat.

Traktandum 5

### **Voranschlag 2008**

---

Ablauf:

1. Erläuterungen zum Voranschlag 2008 durch RPK-Präsident Alfred Schmid
2. Bemerkungen zum Voranschlag 2008 durch Finanzvorstand Stadtrat Walter Baur
3. Fraktionserklärungen
4. Detailberatung
  - Produktgruppenbudget kapitelweise
  - Investitionsrechnung kapitelweise
  - Steuerfuss
5. Schlussabstimmung Voranschlag 2008

RPK-Präsident **Alfed Schmid** bedankt sich beim Stadtrat und Kader der Stadtverwaltung und gratuliert zum klaren und transparenten Voranschlag. Einen besonderen Dank richtet er an den Leiter der Finanzabteilung, André Rollin, für seine wertvolle und professionelle Arbeit. Auch seien alle Fragen klar und schnell beantwortet worden.

Kommentar aus Sicht der RPK:  
(Diagramme siehe Beilage 2)

### **Voranschlag 2008**

- Markante Kosten- und Ertragssteigerungen
- Defizit 1 Mio. Franken (verursacht durch Sonderabschreibung) entspricht der Zielsetzung
- Investitionen: Mit 15.1 Mio. Franken klarer Nachholbedarf



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

- Gebührenhaushalt
  - Wasser ausgeglichen
  - Abwasser: Resultat Regierungsrat abwarten. Bei Gutheissung des Rekurses durch den Regierungsrat resultieren Mehreinnahmen von 935'000 Franken.

### Investitionen 2007–2011

- Steuerhaushalt ca. 9 Mio. Franken p.a.
- Spezialfinanzierung ca. 4.5 Mio. Franken p.a.  
(Wasser/Abwasser)
- Kommentar: Nachholbedarf ist vor allem beim Wasser/Abwasser unübersehbar.

### Finanzplan 2007–2011

- Ausgeglichene Haushalte
- Kostenwachstum bedeutend
- Ordentliche Steuern: deutlicher Anstieg
- Gebührenhaushalt
  - Wasser -> saniert
  - Abwasser je nach Entscheid RR (+/- 0.935 Mio.)
- Steuerkraftausgleich: „erfreulicher“ Anstieg
- Investitionen ca. 15 Mio. Franken p.a. bedeutend

### Grundsatzbeschlüsse 2006

Finanzen:

- Steuerfuss dem kantonalen Mittel angleichen (113 %)
- Ausgeglichener Finanzhaushalt
- Verschuldungsabbau – Selbstfinanzierungsgrad > 65 %
- Kostenbewusstes Verhalten in der Verwaltung
- Effiziente, notwendige und der Bevölkerung dienende Investitionen
- Sicherstellung von notwendigen Infrastrukturen
  - ordentlicher Haushalt
  - Gebührenhaushalt (Wasser/Abwasser)

### Schlussfolgerungen

- Voranschlag und Finanzplan sind nach den Grundsatzbeschlüssen ausgerichtet
- Eine straffe Kostenbewirtschaftung ist zwingend



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

- Investitionen JA
  - wenn notwendig
  - wenn substanzerhaltend
  - wenn standortrelevant
- Nicht betriebsnotwendige Anlagen sind zu veräussern oder rentabel zu betreiben
- Juristisches Steueraufkommen (heute 5%) steigern
- Aktive Stadt- und Standort-Entwicklung betreiben

Die RPK beantrage grossmehrheitlich, dem Voranschlag 2008 mit einem um zwei Prozent gesenkten Steuerfuss von 100% zuzustimmen.

**Stadtrat Walter Baur** bemerkt, dass er darauf verzichte, noch andere Kennzahlen aufzuzeigen. An der Steuerfussreduktion werde festgehalten. Die Rahmenbedingungen 2009-2011 sollten eine Annäherung an das kantonale Mittel bringen. Es werde mit anhaltendem Wirtschaftswachstum gerechnet. Die Aufgabenerfüllung müsse weiterhin gut sein und die Infrastruktur müsse erhalten bleiben. Bülach solle mit ruhiger Finanzpolitik weiterfahren. Man wolle den Standort nicht gefährden. Er freue sich, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren.

**Mike Bader** stellt seitens der RPK einen Minderheitsantrag. Er möchte den Steuerfuss auf 102% belassen.

### Fraktionserklärungen

**Heinz Kousz** erklärt namens der SVP-Fraktion, man werde mit einzelnen Korrekturen dem Voranschlag grossmehrheitlich zustimmen. Auch der Steuerfussreduktion um 2% werde grossmehrheitlich zugestimmt.

**Mike Bader** sagt für die Grüne-Fraktion: „Einmal mehr wirft der Voranschlag für das Jahr 2008 keine grossen Wellen, wenn man die Abschiede der Fachkommissionen durchschaut. Dies ist auch nicht verwunderlich, sind bei den einzelnen Produktbudgets schon längst Wünschbares vom Notwendigen getrennt und gestrichen worden. So wird es auch für die Ratsrechte fast unmöglich, weitere Sparpotentiale auszumachen. Bisher haben wir diese Sparpolitik wegen der schlechten Finanzlage von Bülach auch mitgetragen. Aber jetzt zeigt die Sparpolitik des bürgerlich dominierten Stadt- und Gemeinderates endlich auch sein wahres Gesicht. Es geht nicht um eine nachhaltige Verbesserung der Gemeindefinanzen, es geht lediglich um eine Steuersenkung. Über den Unsinn solcher Steuersenkungen für eine Gemeinde wie Bülach werden wir uns dann bei



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

der Detailberatung zum Antrag der Steuerfussenkung noch äussern. Ansonsten wird die Grüne Fraktion dieses Budget gutheissen.

Zum Schluss noch eine kleine Randbemerkung. Die geplante Zusatzabschreibung von je einer halben Million im Verwaltungsvermögen in den Bereichen „Hochbauten“ und „Mobiliën, Maschinen, Fahrzeuge“ können wir unterstützen zumal so der Kapitaldienstanteil durch kommende tiefere Abschreibungen reduziert wird. Unverständlich ist es uns aber, wenn wie in der Zusammenfassung zur Rechnung dies als eine Vorfinanzierung anstehender Projekte verkauft wird. Diese Zusatzabschreibung ist nur eine Zusatzabschreibung, nichts anderes! Diese bereits jetzt in Zusammenhang mit dem Sportpark Erachfeld zu setzen ist nicht zulässig, zumal dieses Projekt zuerst vom Volk noch bewilligt werden muss. Dann mit dem Argument zu werben, man hätte das Projekt bereits „vorfinanziert“, wäre nicht korrekt.“

**Jakob Briner** führt aus, die EVP stimme dem Budget zu. Es erscheine vernünftig. Es ändere sich jedoch nichts an der schlechten finanziellen Situation der Stadt Bülach. Die Finanzen seien labil und es bestünde Nachholbedarf bei den Investitionen. Die EVP sei nicht einverstanden mit der Steuerfussenkung. Die schlechte finanzielle Lage mit den grossen Schulden erlaube das nicht. Das Geld solle für den Schuldenabbau gebraucht werden und in sinnvolle Projekte investiert werden. 17 Mio. Franken Nettoschuld seien pro Einwohner über 1000 Franken. Der Steuerkraftausgleich bedeute, dass wir massiv von reichen Gemeinden unterstützt werden. Im Jahr 2006 seien 6 Mio. Franken geflossen, in den kommenden Jahren seien Ausgleiche über 9-10 Mio. Franken nötig. Grosse Investitionen würden auf uns zukommen, die über die Abschreibungen auch Auswirkungen auf die laufende Rechnung haben (Renovation Hirslen, Ifangstrasse, Spital Bülach, später Renovation Rössligasse und Pflegezentrum etc.). Grössere jährliche Ausgaben würden in den Bereichen Schule und Gesundheit dazukommen. Der Lebensstandard könne nur aufrechterhalten werden, weil wir von reichen Gemeinden unterstützt werden. Ein Einnahmenschuss von 540'000 Franken bedeute über vier Jahre 5-6 Mio. Franken. Der „normale“ Bürger spare bei einer Steuersenkung von 2% nur gerade 1% der Steuerrechnung. 80% der Steuerzahler brächten 18% der Steuern in Bülach. Bei den obersten 10% der Steuerzahler schenke eine Steuersenkung ein. Man könne diesen danken, dass Sie in Bülach Steuern zahlen, man sei froh um diese Leute. Gemäss zahlreichen wissenschaftlichen Studien sei eine Steuerfussreduktion kein wichtiges Kriterium für den Standort. Der Steuerfuss komme erst an sechster oder siebter Stelle. Wichtiger seien Sicherheit, vielfältige Arbeitsmöglichkeiten und qualifizierte Arbeitnehmer, gute Verkehrsverbindungen, gute Infrastruktur, attraktiver Wohnraum, gute Wohnqualität, umfassendes Gesundheits- und Bildungsangebot, breites kulturelles Angebot etc.

**Esther Caviola** führt zum Voranschlag aus: „Mit dem vorliegenden Budget soll der Trend eingeläutet werden, den Steuerfuss bis ins Jahr 2011 auf das kantonale Mittel gesenkt zu haben. Mög-



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

lich kann dies einzig werden, indem wir weiterhin sparen und uns einschränken bei den Investitionen.

Das Ziel, den Steuerfuss auf das kantonale Mittel zu senken, entspricht wohl einem Grundsatz des Gemeinderates, ist aber deshalb nicht einfach durchzuboxen, wenn es unsinnig erscheint. Unsinnig erscheint es dann, wenn nicht vorher Schulden abgebaut werden.

Statt weiterhin auf Sparflamme zu köcheln und Leistungsabbau zu betreiben, die allgemeinen Kosten auf die Einzelnen zu übertragen, sollten wir uns das Ziel setzen, Bülach für alle wieder attraktiv zu machen – und zwar durch Erhaltung und Ausbau der Infrastruktur, nicht unbedingt durch einen tieferen Steuerfuss. Wir haben in den letzten Jahren die Gebühren für Bibliothek, Eintritte fürs Hallenbad erhöht, das Kurszentrum Eschenmosen existiert in diesem Sinn nicht mehr, die Schulreisen wurden verkürzt oder gestrichen und beim Mittagstisch wird geknausert. Jetzt müssen wir uns überlegen, was wir wieder zurück haben wollen von all dem, was wir in den letzten Jahren alles aufgeben mussten. Ausserdem müssen jetzt die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Ein wichtiges Ziel muss sein, unsere Schulden abzubauen. Ein weiteres, in sinnvolle Projekte, wie z.B. Umweltprojekte, zu investieren – dies ganz klar im Sinne der nächsten Generation – denn wir wollen nicht damit rechnen, dass nach uns die Sintflut kommt!

Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass das vorliegende Budget sehr optimistisch aussieht. Wir werden es dennoch annehmen, eine Steuerfussenkung jedoch ablehnen.“

**Andrea Schmidhauser** erklärt: „Die FDP-Fraktion begrüsst die eingeschlagene Strategie des Stadtrates im Bezug auf die Senkung des Steuerfusses um je 2% in den nächsten 4 Jahren. Mit dieser Strategie wird eine gewisse Kontinuität gewährleistet, ohne kurzfristig über die Verhältnisse zu leben. Die geplanten Steuerfussenkungen entsprechen einerseits einem langjährigen Ziel der FDP und andererseits den Grundsatzbeschlüssen des Gemeinderates, indem „der Steuerfuss mittelfristig dem kantonalen Mittel anzugleichen“ ist.

Was das Produktgruppenbudget betrifft, so hätten wir uns ein ausgeglichenes Budget gewünscht. Wir betrachten die Budgetierung als sehr konservativ und glauben, dass noch einiges eingespart werden kann, weshalb wir dem Rechnungsabschluss 2008 positiv entgegen sehen.

So mussten wir zum einen feststellen, dass sich der Mehraufwand bei den Sachkosten um 6.5% beläuft. Diese grosse Steigerung der Sachkosten ist für uns nicht ganz nachvollziehbar, denn in diesen Kosten sind keine Personalkosten enthalten. Wir müssen diese Ausgabensteigerung deshalb grösstenteils auf die übervorsichtige Budgetierung zurückführen.

Ebenso unbefriedigend ist, dass wir alle Jahre eine enorme Kostensteigerung in den Bereichen „Bildung“ sowie „Soziales und Gesundheit“ hinnehmen müssen.

Die vorliegenden Kürzungsanträge der verschiedenen Fachkommissionen wird die FDP-Fraktion genauso unterstützen wie diverse andere, welche im Laufe der Diskussion noch eingebracht werden.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

Was die FDP-Fraktion allerdings nicht unterstützen kann, ist der ständige Ausbau der Verwaltung. Mit der Reduktion des Stadtrates wurde auch eine Verschlinkung der Verwaltung analog der Stadtratsstrukturen gefordert. Stattdessen sind in diesem Budget wieder etliche Zusatzstellen aufgelistet. Genauer dazu in der Detailberatung zum entsprechenden Kapitel.

Trotz Nichterreicherung eines ausgeglichenen Budgets wird die FDP-Fraktion dem Voranschlag 2008 mit einem Defizit von ca. 1 Mio. Franken zustimmen. Ebenso unterstützen wir die vorgeschlagene Erhöhung des Personalaufwandes von 2.5% für den Teuerungsausgleich, resp. individuelle Lohnerhöhungen beim Personal, in der Hoffnung, dass dieses die grosszügige Teuerung zu schätzen weiss und auch dazu schaut, eine Effizienzsteigerung in ihre tägliche Arbeit einzubringen. Wir hoffen auch, dass die städtischen Angestellten in ihrer täglichen Arbeit mit unseren Steuergeldern haus-hälterischer umzugehen versuchen, um so das budgetierte Defizit zu eliminieren.

Schön wäre, wenn endlich das Standortmarketing greifen würde und wir so Mehrerträge hätten ohne Gebührenerhebung. Auf der anderen Seite erwarten wir eine rigorose Ausgabenpolitik, die das Wünschbare vom Notwendigen trennt.

Der Investitionsrechnung wird die FDP-Fraktion zustimmen zusammen mit dem Kürzungsantrag für das Freibad, da es sich in dieser Position nur um eine Korrektur auf die aktuellen Vergaben handelt.

Den Streichungsantrag der Fachkommission I für die Investitionen im Gartenrestaurant des Restaurants zum Goldenen Kopf unterstützen wir ebenso, da wir nicht tolerieren können, dass Kosten die durch die Sanierung der Marktgasse erfolgten auf andere Produkte und Güter umgelagert werden.

Wie eingangs erwähnt wird die FDP-Fraktion der Steuerfussenkung um 2% mit Freude einstimmig zustimmen, denn wir müssen auch daran denken, dass wir unsere „guten Steuerzahler“ pflegen müssen, denn diese bezahlen grösstenteils unsere Steuererträge.“

**Stadtpräsident Walter Bosshard** beantragt im Namen des Stadtrats, die Besoldungen zusätzlich um 0.3% auf 2.8% anzuheben. Er begründet dies mit der gestiegenen Jahresteuern. Aufgrund des Bülacher Lohnstufensystems sei eine individuelle Lohnerhöhung unter 1% kaum möglich. 1.8% Teuerung, 1% individuelle Lohnerhöhungen werden deshalb beantragt. Er erklärt, dass die zusätzlichen 0.3% ca. 57'000 Franken entsprechen. Bülach sei zwar nicht an das System des Kantons gebunden, der Regierungsrat werde seinem Personal aber auch 1.8% Teuerung gewähren. Es werde sehr gute Arbeit geleistet. Mit der Zustimmung könne man ein starkes Zeichen an die Mitarbeiter setzen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

### Detailberatung

#### Kapitel 1 – Bau und Umwelt

**Fritz Münger** erklärt namens der Fachkommission I, im Hochbau seien zwei Zusatzanträge gestellt worden. Der eine betreffe die Verschiebung von 20'000 Franken für ein Expertengremium für städtebaulich-architektonische Begutachtungen aus dem Produkt 1.5 Denkmalpflege (Konto 3180) ins Produkt 1.1 Baubewilligungen. Der zweite Antrag fordere die Streichung von 20'000 Franken aus dem Produkt 1.1 Baubewilligungen (Konto 3180). Auf den dritten Zusatzantrag werde man bei der Investitionsrechnung zurückkommen. Allen anderen Produktgruppen werde zugestimmt.

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** erklärt, er könne sich mit dem ersten Zusatzantrag einverstanden erklären. Der zweite Zusatzantrag könne natürlich ebenfalls beschlossen werden. Es sei jedoch schwierig genaue Zahlen zu budgetieren. Man habe sich an die Vorjahre angelehnt. Letztendlich zeige die Rechnung die endgültige Zahl.

Der dritte Zusatzantrag betreffe die Investitionsrechnung. Dieser sei aus der Begegnungszone entstanden. Er sei nicht einverstanden, dass die Investitionskosten dem Finanzvermögen zugeschrieben werden sollen. Er möchte daran erinnern, dass durch die Verschiebung der Kosten die Bauabrechnung der Begegnungszone um 80'000 Franken aufgestockt werden müsste.

**Mike Bader** fragt, ob die Verschiebung der 20'000 Franken aus dem Produkt 1.5 ins Produkt 1.1 konkreten Einfluss habe und die Denkmalpflege um diesen Betrag vermindere?

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** verneint dies.

**Andrea Schmidhauser** stellt einen Minderheitsantrag betr. Streichung von 15'000 Franken aus dem Produkt 1.5 für ein Beschilderungskonzept in der Altstadt. Diese Schilder hätten nichts mit Denkmalpflege zu tun. Wenn sie aufgeführt werden sollten, dann im Kulturbereich.

### Abstimmungen

- Der erste Antrag der Fachkommission I zur Produktgruppe BA-1, betr. Verschiebung von 20'000 Franken aus dem Produkt 1.5 Denkmalpflege (Konto 3180) für ein Expertengremium für städtebaulich-architektonische Begutachtungen in das Produkt 1.1 Baubewilligungen, wird mit 15 : 9 Stimmen, bei 3 Enthaltungen gutgeheissen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

- Der zweite Antrag der Fachkommission I zur Produktgruppe BA-1, im Produkt 1.1 Baubewilligungen (Konto 3180) 20'000 Franken zu streichen, da das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen im Vergleich zu den Rechnungszahlen der Jahre 2005 und 2006 schwer nachzuvollziehen ist und auf der Ausgabenseite als zu überhöht erscheint, wird grossmehrheitlich gutgeheissen.
- Die Streichung von 15'000 Franken aus dem Produkt 1.5 für ein Beschilderungskonzept in der Altstadt wird mehrheitlich abgelehnt.
- In der Folge wird das bereinigte Produktgruppenbudget BA-1 grossmehrheitlich gutgeheissen.
- Die Produktgruppen BA-2 bis BA-6 werden einstimmig genehmigt.

### Kapitel 2 - Bildung

**Stephan Blättler** erklärt, die Fachkommission II habe das Budget einstimmig verabschiedet. Stadtrat Max Nievergelt und Abteilungsleiter David Hauser hätten im Vorfeld alle Fragen beantwortet.

#### **Abstimmung**

Die Produktgruppen BI-1 bis BI-7 werden einstimmig genehmigt.

### Kapitel 3 - Sport, Jugend und Veranstaltungen

**Milos Alincic** erklärt, dass der Abschied zu SJ-VK (182'000 Franken) nicht aufgeführt worden sei, da nicht ganz klar war, wer diese hat prüfen müssen. Es liege nun ein einstimmiger Entscheid der Fachkommission IV vor, SJ-VK zu genehmigen.

**Stephan Blättler** erklärt namens der Fachkommission II zu den Produktgruppen SJ-2 und SJ-3, dass bei SJ-2 einstimmig beschlossen wurde, das Budget um 20'000 Franken zu reduzieren. Die Walking/Running-Trails seien im Betrag übersetzt. Die Fachkommission sei der Meinung, dass diese durch Sponsorgelder finanziert werden sollten, nicht durch Steuergelder. Es sei der falsche Zeitpunkt dafür, da enorme Projekte in der Pipeline seien im Sportbereich. Zu SJ-3 sei ein mehrheitlicher Beschluss gefasst worden, dass dieser so zu belassen sei. Er möchte bemerken, dass der Jugendschutz im SJ-3 enthalten sei. Dies sei kein WoV-geeignetes Produkt, da der Betrag fix festgelegt sei. Es entstehe die paradoxe Situation, dass die Produktgruppe SJ-3 nicht beeinflussbar sei und kein Wirkungsziel habe. Jugendschutz sei auf Gemeindeebene nicht WoV-würdig, auf höherer Ebene aber schon.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

**Mike Bader** fragt den Stadtrat an, ob nun die Walking/Running-Trails durch Sponsorgelder finanziert würden?

**Stadtrat Jürg Hintermeister** antwortet, Helsana habe heute das Einverständnis für einen solchen Trail gegeben. Der Zweite sei momentan zurückgestellt worden.

**Stephan Blättler** beantragt SJ-3 um 10'000 Franken zu reduzieren. Der Aufbau von Midnight Meet&Move sei zwar eine gute Sache, der Ideentopf sei jedoch unnötig. Dies sei ein klassischer Fall, um einfach so einen Geldbetrag für irgendetwas zur Verfügung zu stellen.

### Abstimmungen

- Der Antrag der Fachkommission II, 20'000 Franken für den Walking/Running-Trail zu streichen, wird grossmehrheitlich gutgeheissen.
- In der Folge wird das bereinigte Produktgruppenbudget SJ-2 mit 26 : 0 Stimmen, bei 1 Enthaltungen, gutgeheissen.
- Der Antrag von Stephan Blättler, 10'000 Franken aus dem Produktgruppenbudget SJ-3 zu streichen, wird mit 10 : 15 Stimmen, bei 2 Enthaltungen abgelehnt.
- Die Produktgruppen SJ-1, SJ-3 und SJ-4 werden grossmehrheitlich genehmigt.
- Der Produktgruppe SJ-VK wird einstimmig zugestimmt.

### Kapitel 4 - Einwohner und Sicherheit

**Fritz Münger** begründet namens der Fachkommission I kurz den Änderungsantrag bei den Wirkungszielen ES-8.

**Alfred Schmid** möchte dem Rat beliebt machen, ein weiteres Wirkungsziel zu ändern. Dies betreffe die Schiessanlage Langenrain in der Produktgruppe ES-1. Der Wortlaut sei neu mit „Militär und Vereine decken ihre verursachten Kosten zu 100%“ eindeutiger zu formulieren.

**Mike Bader** findet diesen Antrag zu kurzfristig. Er fragt an, ob jemand in dieser Sache Transparenz schaffen könne.

**Andrea Schmidhauser** antwortet, Militär und Vereine würden ihre Kosten zu 100% decken. Das Obligatorische Schiessen müsse jedoch durch die Gemeinde finanziert werden.

**Mike Bader** fragt, ob das Ziel, so wie es beantragt werde, denn überprüfbar sei?



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

**Stadtrat Jürg Hintermeister** bejaht dies.

**Stephan Blättler** meint zu ES-8, die Zielsetzung bei Ziel C, Anzahl Rekurse Soll = 0, sei nicht sinnvoll. Man solle besser die Anzahl Rekurse bezogen auf ablehnende Entscheide auf < 5% ansetzen.

### Abstimmungen

- Der Antrag von Alfred Schmid, den Wortlaut in der Produktgruppe ES-1 (Schiessanlage Langrain) zu ändern, wird grossmehrheitlich angenommen.
- Die Produktgruppen ES-1 bis ES-7 und ES-10 werden einstimmig genehmigt.
- Der Antrag der Fachkommission I, den Wortlaut der bisherigen Wirkungsziele der Produktgruppe ES-8 mit den Folgenden zu präzisieren:
  - Angemessener Ressourceneinsatz für Beratung
  - Hohe Zufriedenheit der Kunden mit der Beratung
  - Angemessener Ressourceneinsatz für Einbürgerungen
  - Sicherstellung eines korrekten Verfahrens bei Einbürgerungen
  - Angemessener Ressourceneinsatz für Bürgerrechtsentlassungenwird einstimmig gutgeheissen.
- In der Folge wird das bereinigte Produktgruppenbudget ES-8 einstimmig gutgeheissen.

Die Produktgruppe ES-9 wird im Kapitel 8, Land- und Forstwirtschaft, unter der Produktgruppe LF-4 behandelt.

### Kapitel 5 - Finanzen

**Alfred Schmid** erklärt, die RPK stimme den Produktgruppen im Kapitel Finanzen einstimmig zu.

**Mike Bader** bemerkt, dass der Betrag bei FI-4 bereits von der Steuerfussenkung ausgehe. Eine Ablehnung der Steuerfussreduktion hätte somit finanzielle Auswirkungen für FI-4.

### Abstimmung

Die Produktgruppen FI-1 bis FI-6 werden einstimmig gutgeheissen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

### Kapitel 6 – Soziales und Gesundheit

**Jakob Briner** hält fest, dass die Fachkommission III einstimmig Annahme aller Produktgruppenbudgets beschlossen habe.

**Milos Alincic** erkundigt sich bezüglich Produkt SG-3.2. (Reissverschluss), ob durch die Übernahme von anderen Gemeinden 52'000 Franken Erträge eingingen oder ob von diesem Betrag noch Kosten abflössen.

**Stadtrat Mark Eberli** meint, dies seien zusätzliche Einnahmen.

#### **Abstimmung**

- Die Produktgruppen SG-1 bis SG-12 werden mit 26 : 0 Stimmen, bei einer Enthaltung genehmigt.

### Kapitel 7 - Städtische Betriebe

**Fritz Münger** hat nichts Ergänzendes zu berichten.

#### **Abstimmungen**

- Die Produktgruppe SB-1 und SB-2 werden grossmehrheitlich genehmigt.
- Die Produktgruppen SB-3 bis SB-6, inklusiv SB-VK, werden einstimmig genehmigt.

### Kapitel 8 - Land- und Fortwirtschaft

**Milos Alincic** gibt bekannt, dass die Fachkommission IV den Budgets LF-1 bis LF-4 einstimmig zugestimmt habe. Er merkt an, dass auf den Friedhof-Zweckverband nicht gross Einfluss genommen werden könne. Es sei zu prüfen, ob der Zweckverband aufgelöst werden könne und der Friedhof mit Anschlussverträgen geregelt werden könne, wie die Polizei.

#### **Abstimmung**

- Die Produktgruppen LF-1 bis LF-4, inklusiv LF-S werden einstimmig genehmigt.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

### Kapitel 9 – Management Dienste

**Milos Alincic** bemerkt zu MD-1, dass ein Antrag von der RPK zur Reduktion des IG-Nord-Budgets gestellt worden sei. Die Fachkommission IV stimme diesem zu und empfehle, die Streichung so gutzuheissen. MD-4 und MD-5 seien einstimmig genehmigt worden.

**Andrea Schmidhauser** erklärt zu MD-5: „Die FDP hat seinerzeit, als es um die Reduktion des Stadtrates ging, gefordert, dass auch die Verwaltung analog der stadträtlichen Strukturen reduziert wird.

Von dieser Forderung haben wir noch gar nichts umgesetzt gesehen. Stattdessen ist im Budget eine weitere Stelle bei den Management Diensten eingeplant, die den Stadtschreiber und dessen Stellvertreter entlasten sollen. Diese Erhöhung entspricht nicht unseren Forderungen, weshalb wir diese zusätzliche Stelle nicht bewilligen können.

Um allen anwesenden auch mal die Personalentwicklung in der Stadtverwaltung aufzuzeigen haben wir durch die Verwaltung eine Statistik anfertigen lassen die die Personalentwicklung über die letzten 13 Jahre aufzeigt (siehe Beilage 3).

Daraus können wir lesen, dass wir heute mehr als ein Drittel mehr Personal beschäftigen wie noch vor 10 Jahren. Und für das kommende Jahr sind weitere 4 Stellenerhöhungen im gesamten Budget eingeplant.

Diese Entwicklung macht uns Sorgen und wir fordern den Stadtrat auf seine gesamte Personalpolitik zu überdenken und sämtliche Verwaltungsstrukturen zu überprüfen. Gleichzeitig ist zu prüfen, weshalb wir so viele Krankheitsfälle haben, welche sich garantiert auch negativ auf den Stellenplan auswirken.

Aus erwähnten Gründen beantragt die FDP-Fraktion das Produktgruppenbudget MD-5 VKST um 105'000 Franken zu kürzen und damit die geplante zusätzliche Stelle in den Management Diensten nicht zu bewilligen.“

**Edith Planta** sagt namens der EVP-Fraktion, sie sei nicht einverstanden mit dem FDP-Antrag. Die neue Stelle werde begrüsst. Nachhaltigkeit und Stadtentwicklung seien wichtige Themen, welche einen grösseren Ressourceneinsatz erforderten. Stadtschreiber und Stadtschreiber-Stv. hätten mehr Aufgaben zu bewältigen, ebenso der Stadtpräsident. Dies unter anderem auch durch die Verkleinerung des Stadtrates von neun auf sieben Mitglieder. Die Stellen der Management Dienste seien somit gerechtfertigt um die Mehrarbeiten zu bewältigen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

**Johanna Wirth Calvo** ergänzt im Namen der Grünen-Fraktion, die Reduktion des Stadtrates werde längerfristig nicht billiger. Um Standortmarketing zu betreiben, brauche man qualifizierte Mitarbeiter.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** meldet, dass die neue Stelle als Führungsunterstützung gedacht sei. Über die Stadtentwicklung werde man im Februar 2008 informieren.

**Stephan Blättler** wünscht das Wort zu MD-2 und MD-3 nicht.

### Abstimmungen

- Der Antrag der Fachkommission IV, bei der Produktgruppe MD-1 das Globalbudget um 7'800 Franken zu reduzieren, da die Mitgliedsgebühren für IG-Nord 7'800 Franken weniger betragen, wird einstimmig gutgeheissen.
- In der Folge wird das bereinigte Globalbudget MD-1 einstimmig abgenommen.
- Der Änderungsantrag von Andrea Schmidhauser, die Produktgruppe MD-5 um 105'000 Franken zu kürzen, wird grossmehrheitlich abgelehnt.
- Die Produktgruppenbudgets MD-2, MD-3, MD-4 und MD-5 werden grossmehrheitlich genehmigt.

- Pause von 20 Minuten -

**Jakob Briner** fragt, ob die individuelle Lohnerhöhung nur für Kaderleute bestimmt sei.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** verneint dies. Die individuelle Lohnerhöhung sei für alle, die es verdient hätten.

### Abstimmungen

- Der Antrag des Stadtrats, die Besoldungen auf Grund der gestiegenen Teuerung um 0.3% (ca. 57'000 Franken) auf 2.8% anzusetzen, wird mit 16 : 8 Stimmen, bei 3 Enthaltungen gutgeheissen.
- Der Produktgruppenvoranschlag 2008 wird in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

Gemäss **André Rollin** wurden im Produktgruppenbudget insgesamt 48'000 Franken eingespart, durch die Erhöhung der Teuerung aber zusätzlich 57'000 Franken gesprochen.

### Investitionsrechnung

#### Kapitel 0 – Behörden und Verwaltung

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

#### Kapitel 1 – Rechtsschutz und Sicherheit

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

#### Kapitel 2 – Bildung

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

#### Kapitel 3 – Kultur und Freizeit

**Milos Alincic** fragt die RPK an, wie man auf 166'000 Franken komme. Die Rutschbahn koste gemäss seinen Informationen lediglich 156'000 Franken.

**Beat Guyer** ergänzt von Seiten der RPK, dass die neue Rutschbahn 156'000 Franken koste und die restlichen 10'000 Franken Streicharbeiten beträfen.

**Milos Alincic** beantragt das Konto 340.5040.2 um 800'000 Franken zu kürzen. Der Umbau des Sandplatzes in einen Kunstrasenplatz sei zum momentanen Zeitpunkt unnötig, da das Projekt Sportpark Erachfeld anstehe.

**Stadtrat Jürg Hintermeister** bittet, den Posten nicht zu streichen, damit er die Chance bekomme, einen Antrag mit Weisung mit allen Details vorzulegen. Das Bedürfnis für 6-8 Plätze sei ganz klar da. Der Umbau sei somit gerechtfertigt.

**Mike Bader** fragt an, ob der Rasen meisterschaftstauglich sei.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

**Stadtrat Jürg Hintermeister** antwortet, dass er für 1. Liga-Spiele nicht meisterschaftstauglich sei. Für untere Ligen und die Junioren könne er als Meisterschafts-Platz genutzt werden. Der Platz sei jedoch für Trainings gedacht.

**Andrea Spycher** fragt, ob im Erachfeld nicht genügend Plätze vorhanden seien.

**Stadtrat Jürg Hintermeister** antwortet, im Erachfeld seien 4-6 Plätze möglich, der Hof und die Hirslen seien Bestandteil für die Deckung des Bedürfnisses von 6-8 Plätzen. Der Platz könne so wie er jetzt sei, nicht mehr genutzt werden.

**Heinz Kousz** fragt, was passiere, wenn die 800'000 Franken nicht bewilligt würden zum heutigen Zeitpunkt.

**Stadtrat Jürg Hintermeister** erklärt, dass bei einer Streichung die Situation erschwert würde. Er verweise auf die Präsentation unter Traktandum 6 dieser Sitzung.

**Fritz Münger** denkt, es wäre das falsche Zeichen, diesen Posten zu streichen. Es sei wichtig, dass ein Zeichen gesetzt werde und die Investitionen getätigt würden.

**Andrea Spycher** stört sich am Vorgehen. Bei einem vorhandenen Konzept zum Sportpark Erachfeld findet Sie es unnötig, 800 000 Franken in einen Kunstrasen in der Hirslen zu investieren.

**Stadtrat Jürg Hintermeister** erklärt nochmals, dass ein Bedürfnisnachweis erbracht worden sei. Die Plätze der Sportanlage Hirslen in Kunstrasenplätze umzuwandeln, sei ein Schritt zum Ganzen.

**Stefan Schnegg** fragt an, ob zu den 800'000 Franken noch Antrag und Weisung folgen.

**Stadtrat Jürg Hintermeister** bejaht dies.

**Mike Bader** bemerkt, dass es viele offene Fragen gebe. Man könne über diese allerdings erst beim Projekt selbst befinden und solle deshalb jetzt noch nicht darüber abstimmen.

**Walter Fehr** fragt an, ob ein Naturrasen auch in Betracht gezogen wurde.

**Stadtrat Jürg Hintermeister** bejaht dies und verweist auf die im nächsten Traktandum kommende Begründung.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

### Abstimmungen

- Der Änderungsantrag der RPK, das Konto 341.5030.22 um 34'000 Franken auf neu 166'000 Franken zu reduzieren (definitiver Kredit bereits durch Stadtrat bewilligt), wird grossmehrheitlich angenommen.
- Der Antrag auf Streichung von 800'000 Franken für den Kunstrasenplatz wird mit 7 : 20 Stimmen abgelehnt.
- Das bereinigte Investitionsrechnungsbudget Kapitel 3 wird mit 19 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

### Kapitel 4 – Gesundheit

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

### Kapitel 5 – Soziale Wohlfahrt

Keine Wortmeldung – einstimmig genehmigt.

### Kapitel 6 – Verkehr

**Andrea Schmidhauser** fragt, ob im Gebiet Erachfeld/Gringglen tatsächlich eine 30-er Zone eingerichtet werden soll und ob diese Kosten im Budget enthalten seien.

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** antwortet, dass bereits 21'000 Franken für das Vorprojekt ausgegeben worden seien. Die geschätzten Kosten würden sich auf 125'000 bis 130'000 Franken belaufen. Diese würden dem Notfallmassnahmen-Konto 620 belastet werden. Momentan sei die Vorabklärung bei der Kantonspolizei hängig.

**Milos Alincic** beantragt das Konto 650.5010.1 für behindertengerechte Bushaltestellen um 50'000 Franken zu reduzieren. Er wolle nicht, dass das gleiche passiere wie an der Berglistrasse.

**Andrea Schmidhauser** beantragt die Ausgaben auf dem Konto 620.5010.999 Notfallmassnahmen für Zone Tempo-30 seien zu streichen.

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** bittet eindringlich beide Anträge abzulehnen. Das Böswisli-Quartier sei ein Schulquartier. Der Kanton wolle den Verkehr an der Feldstrasse sogar ganz unterbinden, was aber zu weit gehe. Die Petition für eine Tempo 30-Zone habe ein sehr positives Echo bei den Anwohnern zur Folge gehabt. Das Quartier leide unter dem Verkehr, die Wohnqualität nehme ab.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

Er habe den ablehnenden Volksentscheid zur Tempo 30 Initiative immer so verstanden, dass Tempo 30 gebietsweise eingeführt werde, wo es Sinn mache.

Behindertengerechte Bushaltestellen seien ein gesetzlicher Auftrag. Zusammen mit einer Strassensanierung komme es günstiger. Werde der Betrag aus dem Budget gestrichen, müsse die Haltestelle später separat behindertengerecht realisiert werden. Das sei teuer. Die Berglistrasse sei sicher nicht ein Vorzeigeobjekt.

**Andrea Spycher** sagt, dass auch ihre Kinder im Böswisli zur Schule gehen. Das Raser-Problem sei nicht so schlimm, wie es dargestellt werde. Sie fragt, wo das Bedürfnis für Tempo 30 sei, wenn die Feldstrasse nach Erstellung der Ifangstrasse beim Restaurant Landhus Büli aufhöre.

**Stadtrat Max Nievergelt** weist darauf hin, dass im Böswisli-Quartier zu schnell gefahren werde. Ihm sei der Perimeter zu grosszügig ausgeschieden. Doch verkehrsberuhigende Massnahmen seien zwingend notwendig bevor etwas passiere. Die Petition sei von Schulseite und von Eltern lanciert worden.

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** ergänzt, das Verkehrskonzept sehe eine grosse Entlastung durch die neue Ifangstrasse vor. Der Zugang zu den Einkaufszentren erfolge dann via Kantonsstrasse und Autobahn. Deshalb sei auch das Erachfeld in die Tempo 30-Zone einzubinden.

### **Abstimmungen**

- Der Streichungsantrag von Milos Alincic betreffend die Einsparung von 50'000 Franken für behindertengerechte Bushaltestellen wird mehrheitlich abgelehnt.
- Der Streichungsantrag von Andrea Schmidhauser, das Notfallbudget um 130'000 Franken zu entlasten, wird mit 8 : 15 Stimmen, bei 4 Enthaltungen abgelehnt.
- In der Folge wird das Kapitel 6, mit 17 : 8 Stimmen, bei 2 Enthaltungen genehmigt.

### Kapitel 7 – Umwelt und Raumordnung

Keine Wortmeldung – grossmehrheitlich genehmigt.

### Kapitel 8 – Volkswirtschaft

Keine Wortmeldung – grossmehrheitlich genehmigt.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

### Kapitel 9 – Finanzen

- Folgender Änderungsantrag der RPK liegt vor:  
Konto 942.7020.38: Reduktion von 30'000 Franken auf neu 50'000 Franken (17'000 Franken bereits 2007 verbaut und 13'000 Franken zu hoch budgetiert.).
- Von der Fachkommission I liegt ein Änderungsantrag in gleicher Sache vor:  
Die 80'000 Franken sind aus der Investitionsrechnung 942.7020.38 herauszunehmen und der Bauabrechnung Begegnungszone zu belasten. Begründung: Transparenz, Ursache der Anpassungen ist die Begegnungszone.

### **Abstimmungen**

- Dem Antrag der RPK, das Konto 942.7020.38 um 30'000 Franken auf neu 50'000 Franken zu reduzieren wird mehrheitlich zugestimmt.
- Dem Antrag der Fachkommission I, den Betrag aus der Investitionsrechnung der Liegenschaft zum goldenen Kopf herauszunehmen und der Bauabrechnung Begegnungszone zu belasten, wird mehrheitlich zugestimmt.
- Das bereinigte Investitionsrechnungsbudget Kapitel 9 wird grossmehrheitlich genehmigt.

Gemäss **André Rollin** haben die beschlossenen Änderungen keine Auswirkungen auf die laufende Rechnung, weil die Investitionen sowieso auf 6 Mio. Franken plafoniert sind.

In der Schlussabstimmung wird die Investitionsrechnung mit 23 : 3 Stimmen, bei 1 Enthaltung, angenommen.

### **Steuerfuss**

**Alfred Schmid** erklärt, dass die RPK nach der Prüfung aller Kennzahlen des Budgets und des Finanzplans und der rund 1 Mio. Franken zusätzlicher Einnahmen im Bereich Abwasser, grossmehrheitlich zum Schluss gekommen sei, die Steuerfussenkung zu befürworten.

**Milos Alincic** sagt, die SP und EVP hätten angeprangert, die SVP wolle immer sparen. 1998 habe man 72.7 Mio. Franken, 1999 76.9 Mio. Franken, im Jahr 2000 77 Mio. Franken, im Jahr 2001 82 Mio. Franken und im Jahr 2006 93.4 Mio. Franken ausgegeben. Dies seien somit in den Jahren 1998–2006 rund 21 Mio. Franken Mehrausgaben. Die Teuerung entspreche jedoch nur 6 Mio. Franken. Er könne nicht verstehen, wie man immer mehr ausgeben könne, wenn doch immer gespart werde. 20% der Steuerpflichtigen zahlen 1% der Steuereinnahmen, 10% der Steuerpflichtigen zahlen 44% der Steuereinnahmen. Er möchte deshalb den Rat bitten, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen und den Steuerfuss um 2% zu senken.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

**Jakob Briner** korrigiert, er habe in seinem Votum mit keinem Wort gesagt, wie viel gespart werde. Er habe heute eine Zeitung „FDP wir Liberalen“ erhalten. Daraus habe er unter der Rubrik „Ein Blick hinter diese Zahlen“ die erwähnten Angaben entnommen. Er habe somit nichts Falsches gesagt. Der Vorschlag, überschüssiges Geld für den Schuldenabbau zu brauchen und in sinnvolle Projekte zu investieren, finde die Fraktion intelligenter, als Steuersenkungen.

**Andrea Schmidhauser** meint, man stehe im Steuerwettbewerb mit den Nachbargemeinden. Diese würden auf den Steuerfuss schauen. In Winkel, wo der Steuerfuss viel tiefer sei, spüre man die Entlastung deutlich. Die guten Steuerzahler würden Bülach fehlen.

**Mike Bader** stellt namens der RPK einen Minderheitsantrag auf Beibehaltung des Steuerfusses bei 102%. Er begründet dies wie folgt: „Wann ist es eigentlich sinnvoll, die Steuern zu senken? Neben rein egoistischen Gründen, nämlich dass man einfach weniger Steuern bezahlen muss, gibt zwei mögliche Gründe, nämlich

1. wenn die durch die Steuersenkung reduzierten Steuererträge innert nützlicher Frist durch Ansiedelung von Personen oder Firmen mit überdurchschnittlich hoher Steuerkraft überkompensiert werden oder
2. wenn die finanzielle Situation einer Gemeinde eine Reduktion der Erträge zulässt.

Ist nicht mindestens eine der oben genannten Bedingungen erfüllt, macht eine Steuersenkung keinen Sinn resp. ist eine Steuersenkung aus rein finanzpolitischer Sicht schlicht Blödsinn!

Ist nun heute eine dieser Bedingungen erfüllt? Die Ratsrechte und der Stadtrat wollen uns weismachen, dass wir mit etwas tieferen Steuern bessere Chancen hätten, Firmen und wohlhabendere natürliche Personen in Bülach anzusiedeln. Stimmt denn das?

Über diese Frage kann man lange diskutieren, es ist vielmehr eine Glaubensfrage. Und auch mit Steuersenkungen wird Bülach noch lange keine Steueroase, wir müssen die Ansiedelung also sowieso mit anderen Argumenten erreichen.

Ich möchte hier vor allem auf die zweite Voraussetzung eingehen, die meiner Meinung nach gegeben sein muss, damit eine Steuerfussenkung zulässig wäre. Sind unsere Gemeindefinanzen so weit im Lot, dass wir uns eine Steuerfussenkung überhaupt leisten können? Die letzten positiven Rechnungsabschlüsse sollen uns hier wohl in Versuchung bringen.

Wenn man aber etwas genauer hinschaut, dann steht Bülach im Vergleich zu anderen Gemeinden nach wie vor nicht gut da. Bei den folgenden Kennzahlen wurde Bülach mit allen anderen Gemeinden aus dem Kanton Zürich mit 9000-30000 Einwohner verglichen. Daten liegen nur bis 2005 vor, sie stammen vom Statistischen Amt Zürich.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

### Bruttoverschuldungsanteil

Der Bruttoverschuldungsanteil zeigt die Bruttoschulden in Prozent des Finanzertrages. Werte um 100% zeigen zwar eine noch mittlere Verschuldungssituation an, Bülach rangiert aber auf dem viertschlechtesten Rang (siehe Beilage 4).

### Kapitaldienstanteil

Der Kapitaldienstanteil ist eine Messgrösse für die Belastung unseres Haushaltes durch Kapitalkosten. Ein hoher Kapitaldienstanteil weist auf eine hohe Verschuldung resp. einen hohen Abschreibungsbedarf hin. Bülach hat den höchsten Kapitaldienstanteil im Kanton Zürich unter den vergleichbaren Gemeinden (siehe Beilage 5).

### Nettovermögen

Das Nettovermögen pro Einwohner, resp. Nettoschuld bei uns in Bülach ist ein verlässlicher Indikator für die kommunale Vermögenslage gemessen an der Grösse bzw. der steuerlichen Leistungsfähigkeit einer Gemeinde. Die Nettoschuld errechnet sich aus dem Finanzvermögen abzüglich des Fremdkapitals, der Verrechnungen und der Spezialfonds.

Leider rangiert gerade auch bei diesem aussagekräftigen Indikator Bülach an zweitletzter Stelle. Und auch 2006 weist Bülach trotz markant gesteigener Einwohnerzahl eine Nettoschuld von 1182.- pro Einwohner aus (siehe Beilage 6).

Alleine auf Grund dieser Finanzkennzahlen ist aus unserer Sicht eine Steuerfussenkung nicht zulässig.

Nun gibt es aber noch ein weiterer, wichtiger Punkt, den es vor einer allfälligen Steuerfussenkung zu berücksichtigen gilt, und dies ist die Nachhaltigkeit. Nicht ohne Grund steht in den Grundsatzbeschlüssen auch, dass die Verschuldung abzubauen sei.

Gerade als noch nicht Vierzigjähriger mache ich mir auch Gedanken über meine Generation. Wollen wir künftig die Schulden unserer Eltern abtragen, nur weil diese die Steuern senken wollten? Nein, die aufgebauten Schulden einer Generation sind auch von dieser wieder abzubauen!

Und wie steht es da in Bülach? Ganz schlecht!

### Nettovermögen Bülach / Veränderung Nettovermögen Bülach

Hatte die letzte Generation der jetzigen „regierenden“ Generation noch stattliches Nettovermögen hinterlassen, wurde dieses in den letzten 15 Jahren kontinuierlich abgebaut. Und auch gemäss Finanzplan soll sich daran bis 2011 kaum etwas ändern. So geht dieser bis dann von einer Nettoschuld um 1000.- aus (siehe Beilage 7).



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

Jetzt könnte man ja noch sagen, dass das schwierige Umfeld mit immer mehr Kostenabwälzungen auf die Kommunen schuld daran ist. Aber auch hier kann Bülach kein gutes Zeugnis ausgestellt werden.

Haben viele Gemeinden im Kanton Zürich über die letzten 10 Jahre ihre Nettoschulden abgetragen oder ihr Nettovermögen aufgebaut, so dass sie für schlechtere Zeiten Reserven haben, so hat Bülach in diesem Zeitraum das Nettovermögen am meisten von allen abgebaut (siehe Beilage 8).

### Fazit

Damit Bülach für die nächste Wirtschaftsbaissse gerüstet ist und damit die jetzige Generation gerechterweise ihre Schulden abbaut, so sind die nächsten Jahre sicher nicht die richtigen, eine Steuersenkung durchzuzwängen. Vielmehr müssen die guten Rechnungsabschlüsse im Sinne der Nachhaltigkeit in den nächsten Jahren für den Schuldenabbau verwendet werden.

Die Grüne Fraktion wird einer Steuersenkung auf keinen Fall zustimmen."

**Walter Fehr** sagt, dass der Steuerfuss mittelfristig auf das kantonale Mittel gesenkt werden soll, sei erstrebenswert. Eine wichtige Zielsetzung bleibe aber der Schuldenabbau. Der Schuldenabbau habe eine höhere Priorität als die Steuern zu senken. Er werde deshalb die Steuerfussenkung ablehnen.

**Heinz Kousz** findet es eigenartig, dass man sich nur auf diejenigen Grundsatzbeschlüsse berufe, welche einem in den Kram passen. Die Anpassung ans kantonale Mittel passe plötzlich vielen nicht mehr. Grundsatzbeschlüsse seien dann plötzlich nicht mehr wichtig. Natürlich sei Vermögen abgebaut worden. Jedoch müsse man auch bedenken, was man der nächsten Generation hinterlasse. Zum Beispiel intakte Schulhäuser, intakte Sportanlagen etc. Die minime Steuerfussenkung sei richtig. Der Steuerzahler sehe, dass die Tendenz eher Richtung tieferem Steuerfuss zeige. Somit würde auch das Wohlbefinden gesteigert am Standort Bülach. Die Steuersenkung sei nicht einmal eine Steuersenkung, weil die Oberstufe bekanntlich beschlossen habe, ihre Steuern um 2% zu erhöhen.

**Johanna Wirth Calvo** hält fest, dass eine Steuerfussenkung für die 82% der Steuerzahler, welche weniger als 100'000 Franken verdienen, Einschränkungen zur Folge hätte. Im Bildungsbereich beim Förderungsunterricht und im integrativen Bereich der Schule sei bereits gespart worden. Es habe weit reichende Konsequenzen, wenn eine Finanzpolitik betrieben werde, welche nur die 20% der wichtigsten Steuerzahler begünstige. Armut gehöre wohl zu unserer Gesellschaft. Leute mit Familie hätten keine Verbesserung durch die Steuerfussenkung. Im Gegenteil, Freizeitangebote



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

würden nur noch teurer. Kulturelle Angebote würden Leute nach Bülach locken, nicht die 2% Steuerfussenkung. Sie bitte deshalb um Ablehnung der Steuerfussenkung.

**Fritz Münger** sagt, dass der Steuerfuss bei der Verlegung des Wohnorts ein Faktor sei. Schulen oder die verkehrstechnische Erschliessung seien jedoch viel wichtiger. In den Grundsatzbeschlüssen stehe der Schuldenabbau, jetzt werde mit der Steuerfussenkung das Gegenteil bewirkt.

**Stephan Blättler** erklärt, dass das niedrige Steueraufkommen der Firmen das grosse Problem sei. Bei Beibehaltung des Steuerfusses bleibe dieses Problem.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** erklärt, der Stadtrat sei sich bewusst, dass die Verkehrser-schliessung, die schöne Altstadt, gute Bildung, etc. wichtig seien. Man wolle sich jedoch keinen Nachteil verschaffen. Die moderate Steuerfussenkung bzw. der Ausgleich der Steuerfusserhöhung der Oberstufe würde den Standortnachteil verkleinern.

### Abstimmungen

- Der Antrag des Stadtrats, den Steuerfuss um 2% auf 100% zu reduzieren wird mit 13 : 14 Stimmen abgelehnt. Der Steuerfuss wird bei 102% beibehalten.
- In der Schlussabstimmung wird der Voranschlag 2008 inkl. Steuerfuss von 102 % mit 15 : 12 Stimmen genehmigt.

Der Gemeinderat **beschliesst:**

1. Der Voranschlag 2008 des Politischen Gemeindegutes wird mit den vorhin beschlossenen Änderungen genehmigt.
  - 1.1 Der Produktgruppen-Voranschlag 2008 der Stadt Bülach mit einem Aufwandüberschuss von 443'176 Franken bei einem Ertrag von 97'511'380 Franken und einem Aufwand von 97'954'556 Franken wird genehmigt.
  - 1.2 Die Investitionen des Verwaltungsvermögens der Stadt Bülach mit Ausgaben von 18'099'000 Franken und Einnahmen von 2'969'000 Franken und Nettoinvestitionen von 15'130'000 Franken sowie die Nettodesinvestitionen im Finanzvermögen von 474'000 Franken werden genehmigt.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

2. Der Steuerfuss für das Jahr 2008 wird auf 102 Prozent des einfachen Staatssteuerertrages festgesetzt.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zur Deckung des Geldbedarfs erforderlichen Mittel aufzunehmen.
4. Mitteilung an:
  - Stadtrat
  - Abteilung Finanzen (2 Originale für den Bezirksrat)

Traktandum 6

### **Stand Planung „Erachfeld/Gringlen“ – Information Stadtrat Hanspeter Lienhart**

---

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** führt aus:

#### **„Ausgangslage**

In den Industrie- und Gewerbegebieten von Bülach Süd und Bachenbülach hat in den letzten Jahren eine starke Bautätigkeit stattgefunden, die u.a. auch mehrere verkehrsintensive Einrichtungen (VE) wie Fachmärkte und Einkaufszentren umfasst. Heute sind im Industriegebiet Bülach Süd und Bachenbülach Verkaufsflächen von insgesamt rund 48'000m<sup>2</sup> und 1'760 Parkplätze vorhanden. Aufgrund dieser baulichen und nutzungsmässigen Entwicklung hat der Verkehr in diesen Bereichen der beiden Gemeindegebiete und insbesondere auf der gemeinsam genutzten Grenzstrasse stark zugenommen.

Die Gemeinde Bachenbülach und die Stadt Bülach haben sich im Frühjahr 2005 entschieden, beim Kanton die Festsetzung einer Planungszone im Industrie- und Gewerbegebiet Bachenbülach und in Bülach Süd zu beantragen. Da in Bachenbülach und Bülach gemeinsam noch rund 290'000m<sup>2</sup> unüberbaute Siedlungsfläche ausgeschieden ist, musste aufgrund der geltenden Zonenbestimmungen zusätzlich mit rund 2'700 Arbeitsplätzen und 1'300 Einwohnern gerechnet werden. Auf rund 18ha wäre im Prinzip auch die Erstellung von weiteren Einkaufszentren und Fachmärkten möglich. Aufgrund solcher Prognosen würde ein Zusatzverkehr ausgelöst, der während der Hauptverkehrszeiten mit dem heutigen Verkehrssystem nicht mehr bewältigt werden könnte. Mit Verfügung vom 22. April 2005 hat die Baudirektion diesem Antrag entsprochen. Die Planungszone gilt für neue verkehrsintensive Einrichtungen wie Einkaufszentren, Fachmärkte und sonstige übermässig Verkehr auslösende Bauten.

In der Folge wurde die Arbeitsgruppe "Planungszone" von den beiden Gemeinwesen mit der Erarbeitung von planungsrechtlichen und verkehrlichen Lösungen im Perimeter der Planungszone



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

beauftragt. Dabei galt es auch immer, die Koordination mit den Bedürfnissen und städtebaulichen Anliegen für den künftigen Sport- und Erholungspark Erachfeld sicherzustellen.

### **Sport- und Erholungspark Erachfeld und Wohnüberbauung Gringglen**

Im vergangenen Herbst genehmigte das Bülacher Parlament einen Planungsrahmenkredit in der Höhe von 750'000 Franken mit dem Auftrag, die Planung für den Sport- und Erholungspark Erachfeld und die Wohnüberbauung Gringglen an die Hand zu nehmen. Der Sport- und Erholungspark Erachfeld soll über die nächsten Jahrzehnte zu einem regional bedeutsamen Naherholungsraum werden. Von Anfang an ist ein Konzept gewählt worden, welches auf eine sach- und bedarfsgerechte Etappierbarkeit der Bedürfnisse für Sport- und Freizeitanlagen Rücksicht nimmt. Stadtrat Jürg Hintermeister wird aufzeigen, dass die vom Gesamtstadtrat in einem Grundsatzpapier vom August 2005 für eine 1. Realisierungsetappe bevorzugte Variante „Midi“ weitgehend realisiert und damit die dringend notwendigen Bedürfnisse für solche Anlagen befriedigt werden kann.

Nach dem von mir erwarteten positiven Entscheid des Bülacher Gemeinderates kann nun auch der Investorenwettbewerb für die Wohnüberbauung Gringglen lanciert werden. Die politische Vorgabe besagt, dass durch den Verkauf des Areals Gringglen, auf dem ein Investor auf eigene Rechnung eine qualitätsvolle Wohnüberbauung erstellen soll, der grösste Teil der Finanzierung der ersten Etappe des Sport- und Erholungsparks Erachfeld sichergestellt werden soll.

### **Entwicklungskonzept und Masterplan**

Das Entwicklungskonzept Industrie Bachenbülach und Bülach Süd vom 20. Dezember 2006 sieht vor, die weitere Zunahme des motorisierten Individualverkehrs im Industriegebiet Bülach Süd und Bachenbülach auf ein verträgliches Mass einzuschränken. Den durch die Einkaufsnutzungen verursachten Verkehr gilt es bezüglich Menge, Zusammensetzung und Ablauf zu optimieren. Zudem sind die Nutzungsmöglichkeiten auf die Verkehrskapazitäten abzustimmen.

Sowohl im Bereich Nutzung als auch im Bereich Verkehr wurden im Rahmen der Erarbeitung des Entwicklungskonzeptes verschiedenste Massnahmen geprüft und eine Interessenabwägung vorgenommen. Die im Entwicklungskonzept und Masterplan vorgeschlagenen Massnahmen zur Optimierung und Weiterentwicklung des Gebietes Bülach Süd inklusive Sport- und Erholungspark Erachfeld sind nun mit verschiedenen planerischen Instrumenten umgesetzt worden.

### **Teilrevision Bau- und Zonenordnung**

Eines dieser Instrumente ist die nun vorliegende Teilrevision unserer Bau- und Zonenordnung



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

(BZO). Sie soll diesbezüglich soweit revidiert werden, dass die vorstehend genannten Zielsetzungen erreicht werden. Die zentral betrachtete Verkaufsnutzung wird mit den BZO-Teilrevisionen in den beiden Orten im Gebiet der Planungszone grundsätzlich ausgeschlossen. Ein weiteres Instrument, der öffentliche Gestaltungsplan Zentrum Grenzstrasse (siehe Beilage 9), wiederum lässt verkehr-intensive Einrichtungen in verträglichem Mass in eigens dafür definierten und bereits heute mit Einkaufszentren überbauten Teilgebieten zu.

Im Gebiet Erachfeld werden zudem die planerischen Grundlagen auf Stufe BZO zur Realisierung einer 1. Etappe des Sport- und Erholungsparks Erachfeld umgesetzt.

### **Neue Verkehrsinfrastruktur: Ifangstrasse**

Ebenfalls im Revisionspaket zu finden ist der Verkehrsplan, neben andere Festlegungen mit Eintrag der neuen „Ifangstrasse“. Sie bildet einen wichtigen Bestandteil zur Verkehrsentlastung des Gebietes Bülach Süd und der angrenzenden Wohnquartiere. Sie dient aber ebenfalls der Erschliessung des geplanten Sport- und Erholungsparks Erachfeld. Selbstverständlich sind dabei die Kosten für die Ifangstrasse nach dem Verursacherprinzip aufgeteilt. Dies bedeutet, dass wir die Kosten aufschlüsseln nach dem aufgezeigten Bedarf zur Verkehrsentlastung und den zusätzlichen Erschliessungskosten für den Sport- und Erholungspark, welche auch diesem angelastet werden müssen. Ebenfalls erhöht werden muss die Kapazität der Grenzstrasse. Der notwendige Ausbau soll in mehreren Etappen erfolgen. Erreicht werden soll diese Kapazitätssteigerung mit erweiterten Spuren und mit neuen Steuerungen über Lichtsignale (siehe Beilage 10).

### **Wie geht es weiter?**

Die Unterlagen gehen nun am 4. Januar 2008 während 60 Tagen in die öffentliche Auflage und beim Kanton zur Vorprüfung. Parallel dazu befasst sich im kommenden Januar auch die zuständige Fachkommission des Gemeinderates Bülach mit dem gesamten Revisionspaket. Im Verlaufe des Sommers dürfte dann die Debatte im Gemeinderat der Stadt Bülach anstehen.

Stimmt das Parlament den Vorlagen zu und gehen keine Rekurse dagegen ein, so kann die Planungszone aufgehoben werden.

Meine Damen und Herren, ich kann ihnen versichern, dass die Arbeit, welche hinter den nun vorliegenden Papieren liegt, gewaltig war. Das ist das Eine. Das Andere aber ist die Einschätzung, ob diese Arbeit auch Früchte tragen wird. Davon bin ich fest überzeugt. Es ist uns gelungen aufzuzeigen, wie wir den wachsenden Verkehr in Bülach Süd in den Griff bekommen. Dafür bauen wir nicht einfach nur eine neue Strasse, sondern grenzen die Ausdehnung publikumsintensiver Bauten auf ein vernünftiges Mass ein, ohne das heutige Einkaufsgebiet Bachenbülach/Bülach schmälern zu wollen. Mit ergänzenden Massnahmen sollen die angrenzenden Wohngebiete entlastet werden.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

Der regionale Sport- und Erholungspark Erachfeld kann in einer ersten Etappe realisiert werden und deckt die notwendigen Bedürfnisse weitgehend ab. Das alles werde ich als beachtlichen Erfolg.

### **Aufhebung der Planungszone ist absehbar**

Die Planungsarbeiten sind abgeschlossen. Die Entwürfe zur Revision der Richt- und Nutzungsplannungen beider Gemeinden liegen vor (siehe Beilage 11). Im Idealfall können die Revisionsunterlagen noch im Frühjahr 2008 dem Gemeinderat Bülach (Legislative) bzw. der Gemeindeversammlung von Bachenbülach zur Festsetzung zugeleitet werden. Bis zum Ablauf der dreijährigen Geltungsdauer der Planungszone am 28. April 2008 ist es aus zeitlichen Gründen demnach unmöglich, dass eine Festsetzung durch die zuständigen Gremien erfolgen wird, zumal die erforderliche Rechtskraft durch allfällige Rechtsmittelverfahren verzögert werden könnte. Abschliessend läuft das Genehmigungsverfahren seitens der Baudirektion.

Die komplexen und zeitaufwändigen Analysen und Konzeptstudien zur Verkehrs und Nutzungsplanung, zumal in Anbetracht des über zwei Gemeinden reichenden grossen Untersuchungsperimeters, machen eine Verlängerung der Geltungsdauer der Planungszone erforderlich. Deshalb müssen von den beiden Standortgemeinden entsprechende Gesuche um eine 2-jährige Verlängerung der Planungszone eingereicht werden. Selbstverständlich kann die Planungszone aber nach Inkrafttreten der entsprechenden Revisionen der Richt- und Nutzungsplanung aufgehoben werden."

**Stadtrat Jürg Hintermeister** informiert über den Stand des Sportparks Erachfeld.

### **Projektorganisation**

Siehe Beilage 12

### **Zusammensetzung ARGE Sportpark Erachfeld**

SR Jürg Hintermeister, Vorsitz

- Behördenvertreter der Kreisgemeinden
  - Bachenbülach: Madeleine Prevot
  - Hochfelden: Reto Riedberger
  - Höri: Christian Meier
  - Winkel: Arnold Meier / Marcel Nötzli



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

- Vereine in Beraterfunktion
  - FC Bülach
  - Bülach Floorball
  - Handballclub Bülach
  - VBC Züri Unterland
  - Fachbereiche in Beraterfunktion
  - SR Hanspeter Lienhart, Bauvorstand und Stv. Projekt
  - SR Dr. Walter Baur, Finanzvorstand
  - Christoph von Hornstein, Abteilungsleiter Sport
  - Jacqueline Oesch, Bereichsleiterin Sport

### Bedürfnisse Sportpark Erachfeld

6-8 Fussballplätze / Skaterpark / Dreifachturnhalle / Sportdach

Erarbeitet sei dies in Zusammenarbeit mit den Kreisgemeinden worden. Der Bedürfnisnachweis sei zu Handen des Steuerungsausschusses und des Kantons abgegeben worden.

### Geplante Sportinfrastruktur 1. Etappe

4-6 Fussballplätze, davon ein Hauptspielfeld mit Tribüne

- Garderobengebäude mit Clubraum und Nebenräumen
- Funpark / Skateranlage
- Weitere Etappen

Weitere Optionen:

- 3 Fach-Turnhalle / Sportdach
- „5.“ Fussballplatz
- 2 weitere bestehende Fussballplätze „Hof + Hirslen“

### Zusammenfassung

Der Spatenstich 2010 wird weiterhin anvisiert

- Die Realisation des Sportparks Erachfeld auf stadteigenem Land ist möglich
- Die Bedürfnisse können abgedeckt werden
- Frühjahr 2008 startet der Projektwettbewerb



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

Traktandum 7

### **Fragen an Stadtrat und Kommissionen**

---

**Heinz Kousz** erwähnt, dass das Volk einmal gesagt habe, man wolle keine flächendeckenden Tempo 30-Zonen. Die Diskussion während der Budgetverhandlung habe seine Frage jedoch bereits beantwortet.

Traktandum 8

### **Verschiedenes**

---

**Der Vorsitzende** gibt bekannt, dass der Gemeinderat Dietikon nächstes Jahr seinen 50. Geburtstag feiert. Aus diesem Anlass organisiere der Gemeinderat am Samstagnachmittag, 8. März 2008, von 13.30 bis ca. 17.00 Uhr, ein Parlamentarier/innen-Treffen und lade alle Mitglieder unseres Parlaments herzlich dazu ein. Eine detaillierte Einladung mit Anmeldeformular folge in Kürze.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** gibt bekannt, der Stadtrat habe sich mit dem Projekt des Zentralen Verwaltungsgebäudes befasst. Der Gemeinderat erhalte heute die Unterlagen zum Projekt Seematt. Man habe diesem Geschäft eine hohe Priorität eingeräumt, damit dem Gemeinderat noch vor Weihnachten ein sauberes Projekt abgegeben werden könne.

**Der Vorsitzende** verabschiedet Ratssekretär Roger Suter im Namen des gesamten Gemeinderats und bedankt sich für die sehr gut geleistete Arbeit während der letzten Jahre. Er wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** bedankt sich zum Abschluss des Jahres beim Gemeinderat, den Medien und Mitarbeitenden und freut sich auf die Zusammenarbeit im nächsten Jahr.

#### Rechtskraft von Versammlungsbeschlüssen

Alle Gemeinderatsbeschlüsse aus der Sitzung vom 22. Oktober 2007 sind rechtskräftig geworden.

#### Rechtsbelehrung

**Die Vorsitzende** verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf seine ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 17. Dezember 2007  
Sitzung vom

Bülach, 21. Dezember 2007

Für die Richtigkeit:

Denise Meyer, Ratssekretärin

Geprüft:

Jürg Rothenberger  
Gemeinderatspräsident

Stefan Schnegg  
1. Vizepräsident

Heinz Kousz  
2. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderates
- Mitglieder des Stadtrates
- Stadtschreiber
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretärin
- Protokollsammlung